

Ist Deutschland ein sicheres Aufnahmeland? Überlegungen zur Norm der Integration, der (fehlenden) sozialen Infrastruktur dafür und populistischer Politik

Resch, Christine

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Resch, C. (2017). Ist Deutschland ein sicheres Aufnahmeland? Überlegungen zur Norm der Integration, der (fehlenden) sozialen Infrastruktur dafür und populistischer Politik. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 37(144), 99-112. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-69263-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Christine Resch

Ist Deutschland ein *sicheres* Aufnahmeland?

Überlegungen zur Norm der Integration, der (fehlenden) sozialen Infrastruktur dafür und populistischer Politik

Der Blick „von unten“: einleitende Anmerkungen

Die Wahrheit der Gesellschaft, so Sartre (1954: 79), sei das, was die „am meisten Benachteiligten“¹ sehen. Über diese Setzung Sartres könnte man trefflich streiten. Auch die Perspektive der am meisten Benachteiligten ist nur *eine* auf Gesellschaft und Situationen und daher kaum die ganze Wahrheit. Der Gedanke ist aber nicht zuletzt deshalb bestechend, weil das vermutlich die Perspektive ist, die in politischen Diskussionen (und auch wissenschaftlichen Analysen) am wenigsten repräsentiert ist. Dass ich ihn hier zitiere, hat noch einen Grund: Dem Gedanken ist nämlich so weit uneingeschränkt zuzustimmen, als dass wir über die Wahrheit einer Gesellschaft nichts wissen, wenn wir zu den mit verschiedenen Vergesellschaftungen verbundenen Formen von sozialer Ausschließung nichts sagen können. Der polemische Titel des hier vorliegenden Artikels bezieht sich dementsprechend auf den Umgang der offiziellen Politik mit den vielleicht am meisten Benachteiligten und nicht auf den „rechten Mob“, der Flüchtlinge tötlich angreift oder zumindest davon redet, es im Zweifelsfall tun zu wollen. Es gibt einen Unterschied zwischen bark and bite, aber auch Reden ist eine soziale Praxis.

Ich möchte in diesem Beitrag über die Norm von Integration nachdenken. Die Überlegungen schließen an Hauer (2016) an und veranschaulichen seinen Befund an konkreten Materialien. Hauer weist den gegenwärtig dominanten Integrationsbegriff als repressiven aus, als verbindliche Akzeptanz einer beschworenen „Wertegemeinschaft“. „Integrationsverweigerern“ werde gedroht und „individuelles Integrationsversagen“ produziert. (53) Während Hauer für einen Begriff von

¹ „Die am meisten Benachteiligten“ sind bei Sartre eine Kategorie, um Sozialstruktur zu beschreiben. Dass eine Benachteiligung festgestellt werden muss, um ein Recht auf Hilfe zu haben, war in den 1950ern noch nicht die Wortbedeutung.

Integration in Analogie zu Inklusion plädiert, die darauf ziele, „dass im Kern die gesellschaftlichen Regelsysteme sowohl konzeptionell wie auch ressourcenmäßig so aufgestellt sein müssen, dass sie von allen Menschen in all ihrer Verschiedenheit genutzt werden können“ (55), gehe ich davon aus, dass bei Integration immer zumindest Disziplinierung mitgemeint ist. Aus emanzipatorischer Perspektive sind gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation die geeigneteren Begriffe. Diese machen es möglich, soziale Ausschließung als graduelle zu analysieren. (Vgl. Steinert 2007) Der Fokus liegt dann darauf, ob, in welchem Ausmaß, in welchen Bereichen und mit welchen Mitteln Partizipation herrschaftlich verhindert wird und ob, so Partizipation möglich ist, sie *freiwillig* erfolgt. „Integration“ dagegen bedeutet immer Anpassung, oder wie Adorno es formuliert:

„[...] so liegt in dem Integrationsbegriff selbst von Anfang an auch ebenso die Tendenz, die Menschen, je mehr sie integriert werden, um so vollkommener und um so vollständiger dem System einzupassen, und sie nach der Logik der Anpassung zu gestalten und sie selber eigentlich zu mikrokosmischen Abbildern des Ganzen zu machen.“ (Adorno 1968: 74)

Der Begriff „Integration“ verweist auf die herrschende Perspektive. Bei der Materialanalyse beschäftige ich mich zuerst mit den politischen Direktiven des Bundesministeriums für Inneres und einem Konzept der OECD für erfolgreiche Integration. Interessant sind die identitätspolitischen Kategorisierungen, auf denen Integrationspolitik beruht, wer darauf keinen Anspruch geltend machen kann und ob für die politischen Vorgaben und -haben die soziale Infrastruktur² zur Verfügung gestellt wird.

Im nächsten Abschnitt folgen Stellungnahmen der Bevölkerung, die 2016 in der Nachbarschaft einer geplanten Flüchtlingsunterkunft erhoben wurden. Es handelt sich um einen gut situierten Stadtteil. Die Frage, wie sich die Norm der Integration „zur Mitte“ durchdekliniert, leitet hier die Deutung an. Wie die vielleicht am meisten Benachteiligten kategorisiert werden, durchzieht als Frage den Aufsatz. Das geschieht in politischen Verlautbarungen und in Alltagsgesprächen, in denen diese Topoi aufgegriffen, modifiziert und als vermeintliche Selbstverständlichkeiten verfügbar gehalten werden. Die Bevölkerung kritisiert aber auch die herrschende Politik: wir „da unten“ und die „da oben“.

2 Vgl. zum Konzept „soziale Infrastruktur“ und zur Debatte darüber: AG links-netz: 2013 (Hg.) und http://links-netz.de/rubriken/R_infrastruktur.html (zuletzt aufgerufen am 12.3.2017)

Im Schlussabschnitt wird das als Krise der repräsentativen Demokratie beschrieben und Populismus als theoretischer Rahmen zur kritischen Analyse von Integrationspolitik benannt.

Der Blick „von oben“: spalte und herrsche

Das Bundesministerium des Inneren³ äußert sich über Integration folgendermaßen:

„Die Integration der ständig in Deutschland lebenden Zuwanderer zu fördern, ist eine der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben. Leitlinie bleibt dabei *Fördern und Fordern*. Ziel ist es, alle Menschen, die *dauerhaft und rechtmäßig in unserem Land leben*, in die Gesellschaft einzubeziehen und ihnen die damit verbundenen Rechte zu gewähren sowie Pflichten aufzuerlegen. [...] Voraussetzung dafür ist, dass die Menschen, die mit einer *dauerhaften Bleibeperspektive* zu uns kommen, die deutsche Sprache lernen und sich um Grundkenntnisse unserer Geschichte und unseres Staatsaufbaus bemühen. [...] Gelungene Integration bedeutet, sich einer *Gemeinschaft zugehörig zu fühlen*. [...] Zuwanderung [...] setzt die Aufnahmebereitschaft der Mehrheitsgesellschaft voraus – wie auch die Bereitschaft der Zugewanderten, *die Regeln des Aufnahmelandes zu respektieren* und *sich um die eigene Integration zu bemühen*.“ (meine Hervorhebungen)

Nimmt man den eingangs zitierten Vorschlag Sartres ernst, dann fällt am politischen Statement der Bundesregierung auf, dass zwischen Flüchtlingen, die „dauerhaft und rechtmäßig hier leben“ und anderen unterschieden wird: Die Anderen werden nicht explizit bezeichnet, sind aber implizit als diejenigen charakterisiert, die sich „vorübergehend“ respektive „illegal“ hier aufhalten. Noch perfider wird die Differenzierung, wenn Menschen „mit einer dauerhaften Bleibeperspektive“ der ersten Gruppe zugerechnet werden. Das ist deshalb besonders perfide, weil politisch die rechtsstaatliche Entscheidung über den Aufenthaltstitel, die aufgrund einer individuellen Prüfung erfolgen müsste, anhand von Kollektivkonstruktionen quasi vorweggenommen wird.

Dass mit „Integration“ Anpassung gemeint ist – „die *Regeln* des Aufnahmelandes zu respektieren“ –, wird en passant mitgeteilt. Das soll auch noch internalisiert werden – „sich zugehörig *fühlen*“. Das klingt ganz so, als würden nicht die meisten deutschen Staatsbürgerinnen⁴ auch unter der disziplinierten Lebensweise leiden, die ihnen abverlangt wird. Mit dem vom Ministerium eröffneten Asso-

3 http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Migration-Integration/Integration/integration_node.html (zuletzt aufgerufen am 30.3.2017)

4 Ich verwende sowohl das generische Femininum als auch das generische Maskulinum.

ziationsraum eines „clash of cultures“: deutsche Sprache, „unsere“ Geschichte, „unser“ Staatsaufbau, werden solche möglichen Solidaritäten „zugleiste“, bevor sie überhaupt aufscheinen könnten.

Die Aufmerksamkeit will ich darauf lenken, dass das Wort „Regel“ verwendet wird. „Regeln“ gelten Ordnungstheoretikern als Kitt der Gesellschaft (gerne in Kombination mit „Normen“), Befreiungstheoretikerinnen als Folie, wie gesellschaftlich „Außenseiterinnen“ hergestellt werden. Hier wird so getan, als gäbe es einen verbindlichen Kanon an Regeln, tatsächlich ist das aber 1) ein (historisch) umkämpftes Terrain, 2) gibt es mehr oder weniger Toleranz für subkulturelle Regeln. Das soll selbstverständlich nicht in Abrede stellen, dass es hegemonial durchgesetzte Regeln gibt; aber selbst diese zeichnen unterschiedliche Grade von Verbindlichkeit aus – abzulesen an Sanktionsmöglichkeiten, die gesellschaftlich dafür verfügbar gemacht werden. Migrantische Subkulturen werden durch die Formulierung schlicht und einfach den herrschenden Regeln verpflichtet. Zudem schürt die Formulierung Konflikte und enteignet sie zugleich: Jeder verstößt dauernd gegen Regeln und muss das als Konflikte aushandeln. Flüchtlingen wird in solchen Auseinandersetzungen eine „schlechte Position“ zugewiesen – sie haben Regeln zu respektieren. Anders formuliert: Je schlechter die soziale Position und je defizitärer die verfügbaren Ressourcen, um das eigene Leben zu betreiben und an Gesellschaft zu partizipieren, desto vehementer kann Integration ins Bestehende eingefordert werden. „Regeln“ haben zudem den Vorteil, dass sie das gesamte Spektrum umfassen: vom positiven Recht bis zur Mülltrennung.

Der zweite Punkt in der zitierten Selbstdarstellung der offiziellen Großpolitik betrifft die hier geltenden sozialstaatlichen Direktiven, die bezogen auf Fluchtbewegungen schlicht und ohne alle Nuancierungen reproduziert werden: „Fördern und Fordern“, ganz so, als sei das eine a-historische Notwendigkeit. Das muss kaum weiter kommentiert werden.

Damit zum zweiten Beispiel aus der herrschenden Politik. In einem Papier der OECD⁵ heißt es: „Integrationsfragen betreffen daher im Wesentlichen nur jene Asylsuchenden, denen der Status als humanitäre Migranten (diejenigen, die erfolgreich Asyl beantragt haben, ChR) zuerkannt wird.“ (S. 7) Aus diesem Grundprinzip leiten sich Ratschläge ab: Asylverfahren, die sich hinziehen, gefährdeten die Integrationsfähigkeit.⁶ Sie sollten beschleunigt werden, mit der Konsequenz,

5 OECD (2016) *Erfolgreiche Integration: Flüchtlinge und sonstige Schutzbedürftige*, OECD Publishing, Paris. <http://dx.doi.org/10.1787/9789264251632-de>

6 Im Referat des OECD-Papiers handelt es sich ausnahmslos um meine Hervorhebungen.

dass die Entscheidung für diejenigen, die nicht so gute Chancen haben bleiben zu dürfen, länger dauere.

Völlig zynisch werden hier „die am meisten Benachteiligten“ hergestellt: Ihnen wird zugemutet lange hier zu leben, aber alle Möglichkeiten verwehrt, das jenseits der körperlichen Reproduktion auch zu tun. Das ist ein Plädoyer für „Ghettoisierung“, die bekanntlich nicht nur ungeeignet ist, um vorhandene Probleme zu bearbeiten, sondern weitere Schwierigkeiten beschert.

Je früher ein Zugang zum Arbeitsmarkt möglich ist, desto besser die Integrationsaussichten: „Außerdem sind humanitäre Migranten, die Arbeitslosenunterstützung beziehen, eine finanzielle Belastung für die öffentlichen Haushalte.“ (20) Gefordert werden daher für den *individuellen* Bedarf zugeschnittene Integrationsangebote.

„Mehrere andere Länder – wie Deutschland, Luxemburg, Österreich, die Schweiz und Ungarn – setzen Vorrangprüfungen und Wartefristen ein. Diese Praxis zielt darauf ab, den Asylkanal⁷ vor Missbrauch aus wirtschaftlichen Motiven zu schützen und negative Auswirkungen auf die Beschäftigungslage der inländischen Erwerbsbevölkerung zu begrenzen.“ (21)

Mit dem Integrationsgesetz 2016 entfällt die Vorrangprüfung in Deutschland nach einer Aufenthaltsdauer von drei Monaten zwar, allerdings nicht in allen Bezirken der Bundesagentur für Arbeit: Die regionale Arbeitsmarktlage solle angemessen berücksichtigt werden. Daher sei es wichtig Situationen zu vermeiden, in denen Neuankommlinge auf Gebiete verteilt werden, in denen zwar kostengünstiger Wohnraum verfügbar, die Arbeitsmarktlage aber schlecht sei. (24)⁸ Um das *Kompetenzpotenzial* von Flüchtlingen *voll auszuschöpfen* und geeignete Formen der Integrationsförderung zu identifizieren, sollten die Länder die beruflichen Qualifikationen, Kompetenzen und Berufserfahrungen von Neueinreisenden

7 „Asylkanal“ ist eine auffällige Metapher, die einerseits in die herrschende Metaphorik passt – „Flüchtlingswellen“, „Flüchtlingsströme“, „das Boot ist voll“ –, die aber zugleich deutlich auf Grenzkontrollregime verweist. Kanäle (von wenigen „natürlichen“ Ausnahmen abgesehen) sind menschengemachte enge Durchfahrten, deren Benutzung Beschränkungen unterliegt.

8 Dass sich der Mangel an Wohnraum als eine solche Herausforderung darstellt, hat mit der europäischen Flüchtlingspolitik der letzten Jahrzehnte zu tun. Die „Flüchtlingsfrage“ galt als gelöst. Im Sommer 2015 waren alle von den Migrationsbewegungen überrascht, obwohl sie lange vorhersehbar war. Bareis und Wagner (2016) kommentieren daher lakonisch, dass es eher verwundern sollte, „dass sich nicht längst Institutionen und Infrastrukturen herausgebildet haben, die mit einer großen Anzahl von Migrantinnen und Migranten zurecht kommen.“ (S. 31)

systematisch gleich zu Beginn des Integrationsprozesses dokumentieren, beurteilen und – soweit möglich und angemessen – anerkennen. (33) Vorgeschlagen werden zudem Steuererleichterungen und Zuschüsse für Arbeitgeber, um das Ziel der „Beschäftigungsfähigkeit“ zu erreichen. (S. 63) Zu dieser Thematik wird auf Mentorenprogramme verwiesen.

Die OECD konstatiert auch Beschränkungen beim Zugang zum allgemeinen Gesundheitssystem, insbesondere die Behandlung von psychischen Erkrankungen und Traumata. Damit solle vermieden werden, zusätzliche Asylsuchende *anzulocken*. Es bestehe allerdings die Gefahr, letztlich höhere Kosten schultern zu müssen. (S. 48)

Der Fokus der OECD liegt erwartungsgemäß bei der Integration in den Arbeitsmarkt. „Humanitäre Migranten“ und Migrations- und Asylpolitik werden einer strengen Kosten-Nutzung-Rechnung unterzogen. „Humanitäre Migranten“ firmieren hier als Umschreibung für „Humankapital“, in das man investieren muss, das man dann auch voll ausschöpfen will. Im OECD-Papier fällt auf, wie sehr personalisiert wird („Integrationsfähigkeit“, „Kompetenzpotential“, „Beschäftigungsfähigkeit“). Integration und Beschäftigung werden hier als Kompetenzen und/oder Defizite der Betroffenen⁹ verhandelt.

Dieses pragmatische Papier, mit dem Politik an die Interessen des Kapitals erinnert wird, stellt aber noch eine andere Aufmerksamkeit her: die mangelhafte bis fehlende Infrastruktur für Integration, die, wie selbstverständlich unterstellt ist, in der Verantwortung der öffentlichen Hand liegt. Die Kosten für Integration werden vergesellschaftet, die Profite, die mit dem „Humankapital“ dann hoffentlich erwirtschaftet werden, privatisiert. Das ist nicht neu, vielmehr eine schon seit dem 19. Jahrhundert bewährte Kapitalstrategie. Zwar wird Verständnis dafür signalisiert, dass man durch eine gute Versorgung nicht zusätzlich Flüchtlinge anlocken und die inländische Erwerbsbevölkerung schützen wolle, aber instrumentell empfehlenswert sei das nicht, weil es letztlich höhere Kosten verursache.

Trotz der Nähe zur hegemonialen Politik und dem Grundprinzip, Integration als personalisierte Kompetenz von Migranten zu verstehen, macht das Papier

9 Das ist ein Zugeständnis an Politik, aus Sicht des Kapitals wäre das keine sinnvolle Einschränkung. Die hierzulande viel gelobten vermeintlich unabhängigen Richter in den USA, die Trumps Vorstöße in Sachen „Einreisestopp“ blockieren, vertreten das Kapitalinteresse. Vielleicht kann man an dieser Stelle daran erinnern, dass Kapitalismus in Reinform nicht diskriminiert. Ob Kinder, Frauen, Migranten den Mehrwert produzieren, ist aus Kapitallogik gleichgültig. Diskriminierung am Arbeitsmarkt ist ein Effekt von politisch durchgesetzten Schutzrechten und Arbeitsverboten.

deutlich, dass die von der offiziellen Politik forcierten Integrationsverpflichtungen durch das Fehlen von dazu notwendiger Infrastruktur erschwert werden bis scheitern. Genannt werden der Zugang zum Gesundheitssystem, individuelle „Integrationsbetreuung“, Zugang zu Bildung – zunächst „nur“ als Sprachkurse – und zum Arbeitsmarkt. Die Norm der Integration stellt sich schon für diejenigen, die damit gemeint sind, als politische Lüge dar.

Insgesamt zeigen die offiziellen Verlautbarungen, dass Integration notwendig mit sozialer Ausschließung verbunden ist. Das geschieht zum einen, indem implizit und explizit Personen definiert werden, die darauf keinen Anspruch haben, zum anderen, indem der Akzent auf den Leistungen liegt, die der jeweils einzelne Flüchtling zu seiner eigenen Integration zu erbringen hat. Wenn das nicht gelingt, ist der Flüchtling als der Schuldige gleich mit benannt.

Der Blick „aus der Mitte“ nach „unten“ und „oben“: „Wir“ und „Die“¹⁰

In einem kleinen Forschungsprojekt¹¹ wurden im Sommer 2016 in unmittelbarer Nähe einer geplanten Flüchtlingsunterkunft mit Anwohnern und ehrenamtlichen Helferinnen Gespräche über ihre Einschätzung dieser Unterbringung geführt. Die Passagen, in denen über Integration geredet wird, finden hier Verwendung. In Analogie zu Stehr (1998), der moderne Sagen („Die Spinne in der Yucca-Palme“) unter der Formel „Über die private Aneignung herrschender Moral“ interpretiert hat, kann hier von einer privaten Aneignung propagandistischer Erzählungen gesprochen werden. Dass es darum geht, ist allen selbstverständlich. Den entscheidenden Unterschied im Reden über Integration zeichnet aus, ob „Integration“ die Klammer für notwendige Hilfe bietet oder als Begründung für soziale Ausschließung dient.

10 Bauman (1990) argumentiert im Kapitel „Fremde“, dass es die Integrationsbemühungen der Fremden seien, die für Spannungspotential sorgen und nicht dass sie eindeutig als „nicht zu uns gehörig“ erkennbar wären. (S. 88) „Unsere“ Lebensweise, alles was uns als „angeboren“ erscheine, stellten Fremde auf den Prüfstand und damit die Sicherheit und Behaglichkeit, die diese Lebensweise uns vermittelt. (S. 86) „Wir“ machten sie für die plötzliche Vertrauenskrise verantwortlich: „Unser Unbehagen wird zum Zorn auf die Unruhestifter.“ (S. 87)

11 An diesem Projekt sind außer mir Charlotte Jurk und Katja Reincke beteiligt. Ich danke den beiden, dass ich Materialien aus dieser laufenden Forschung vorab verwenden darf.

„Integration“ als Aufforderung zu helfen

Bei ehrenamtlich Engagierten steht Integration über allem: Ich zitiere aus dem Gruppengespräch mit den Betreiberinnen eines Asyl-Cafés, in dem eine Frau über eine der von ihr betreuten Familien Folgendes sagt:

„Sie sind so integriert. Sie haben eine Wohnung, sind beides Westbalkanleute, Aufenthalt für drei Jahre, haben eine Arbeitsstelle, zahlen ihre Steuern, die Kinder gehen in die Schule, eine macht eine Ausbildung. Die machen auch mit. Es ist jetzt nicht so, dass ich alles mache. Sie sind verhältnismäßig selbständig. Nur lesen können sie leider nicht, sprechen schon ganz gut. Aber die kriegen ja so viel Post, Amtspost. Da sind die überfordert.“

Mit „Integration“ ist umfassende Anpassung gemeint. Sie machen mit: sie gehen arbeiten, die Kinder besuchen die Schule, sie zahlen Steuern usw. Dass sie ganz gut sprechen, aber nicht lesen könnten, bezieht sich vermutlich auf die deutsche Sprache. In dieser Haltung manifestiert sich aber auch, dass es zur Integration Ressourcen bedarf, die, so sie politisch nicht verfügbar gemacht, durch ehrenamtliches Engagement geleistet werden (müssen). Die Integration von Geflüchteten sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, das könne „die Politik“ alleine nicht bewerkstelligen, sagt eine andere Bürgerin. Unwissenheit über hiesige kulturelle Gepflogenheiten wird nicht den Geflüchteten angekreidet, vielmehr müsse man sie den Geflüchteten erklären und nahebringen.

Kontroverse Debatten über den konkreten Standort führen die ehrenamtlich Engagierten einerseits unter dem Fokus der Bedingungen für eine gelingende Integration, andererseits bezogen auf die Herausforderungen, die sich für Helferinnen ergeben. Dezentrale Unterbringungen in einzelnen Wohnungen seien möglicherweise die beste Lösung, um Integration zu erleichtern, bedeuteten für Helferinnen aber einen enormen Mehraufwand.

„Integration“ als Legitimation zur sozialen Ausschließung

In den Gesprächen mit den Anwohnerinnen zeigt sich im Unterschied zur Position der Helferinnen die Erwartung, Flüchtlinge sollten schon bei ihrer Ankunft integriert sein. Ein häufiges Beispiel von Gegnern der Unterbringung im „eigenen“ Stadtteil ist, dass man sich auch im Urlaub an die Gepflogenheiten des Landes anpassen müsse. Integration bedeutet im alltäglichen Reden nicht mehr als sich „unauffällig“, sich vollkommen assimiliert zu verhalten und ist alleinige Aufgabe der „Fremden“. In den Interviews fallen aber vor allen Dingen die polarisierenden Begriffspaare auf. Die meisten von ihnen waren gegen die geplante Unterbringung in „ihrem“ Stadtteil. Das hat auch damit zu tun, dass eine Bürgerinitiative

gegen diesen Standort mobilisiert hatte. Über die Situation wird in Kollektiven nachgedacht: „Wir“ gegen „Die“.

Die wichtigste Unterscheidung von Kollektiven bezieht sich auf die Bewohnerinnen des Stadtteils oder der Identifikation mit den Deutschen im Unterschied zu den Flüchtlingen. Eine Frau sagt: „Die kriegen nicht nur einen Autoweg, sie kriegen auch einen Fußgängerweg. Dort wo meine behinderte Freundin ihren Parkplatz hat, wollen sie Rohre legen. Da fällt der Parkplatz weg, das ist ja nicht normal. Nimmt denn auf uns keiner mehr Rücksicht.“

Diese Frau spricht fast nur im Plural: wir. Die gemeinsame Ablehnung der Unterkunft stellt Zugehörigkeit her. (Vermeintlich) knappe Ressourcen werden als Verteilungskampf auf die Flüchtlinge projiziert. Was „den Deutschen“ und „den Flüchtlingen“ (nicht) zusteht, wird in fast allen Interviews thematisiert. Häufig bedarf es keinerlei oder nur eines marginalen Bezugs auf die lokale Situation, die Thematisierung erfolgt als grundsätzliche Frage von Zugehörigkeit:

„Ansonsten bin ich ja nur Deutscher und das heißt: zweite Wahl. Finde ich in Ordnung so. ... Es interessiert nicht, was ich fürchte. Wir sind nur zweite Wahl.“

„Was kriegt ein Deutscher, der ein Haus anzündet, wo noch kein Asylbewerber drin ist? Was kriegt der? 5-8 Jahre. Was kriegt ein Flüchtling, der sein eigenes Flüchtlingsheim anzündet? Ein Neues. So ist es.“

Besonders das letzte Zitat, und davon gibt es mehrere, das den Charakter eines Witzes hat, weist auf geschürte Vorurteile hin, auf die immer selben Geschichten, die man sich gegenseitig erzählt. Das ist hilfreich und notwendig, um das (sonst schnell vergängliche) Gefühl der moralischen Entrüstung dauerhaft aufrechtzuerhalten.

Die Unterscheidung von „wir“ und „die“ bezieht sich auch auf Religion, Kultur und Lebensweise. Ein Mann sagt: Als die Flüchtlingswelle kam von Jugoslawien, war er für die Flüchtlinge. Jetzt mit den „ganzen Muslimen“ – das gehe nicht. Auf Facebook sehe man, was die alles vorhaben: „Die wollen uns den Hals abschneiden.“ Eine Frau erzählt von einem Iraner, der eine Frau vergewaltigt habe und dafür mit 15 Sozialstunden bestraft worden sei. Sie würde ihm den Schwanz abschneiden. Und vorher: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Deutscher, ich sage es wie es ist, hier Terroranschläge durchführt, Frauen vergewaltigt. Man muss sich anpassen. Ich tue das im Urlaub auch.“

Wie hier aus Nichtwissen ein „stringentes“ Argument gebastelt wird, verblüfft: Sich etwas nicht vorstellen können, indiziert Spekulation, sagen, wie es ist, dagegen eine (wohl postfaktische) Tatsachenbehauptung.

Nicht immer werden die Unterschiede zwischen „uns“ und „denen“ als so gravierende thematisiert. Manchmal geht es auch „nur“ um Unordentlichkeit,

wie eine junge Mutter zu erzählen weiß: „Da sitzen die Asylanten auf dem Boden und trinken Kaffee.“ Der Pfarrer, der sich sehr für Pro-Asyl engagiert, vermutet, es werde Beschwerden wegen Lärmbelästigungen geben. Viele Leute hätten Angst vor dem anderen Kulturkreis, der nachts lebt, während wir am Tage leben, berichtet ein Mann.

Es gibt auch eine Unterscheidung zwischen „guten“ Ausländerinnen/Flüchtlingen und „bösen“. Da werden besonders gebildete Flüchtlinge positiv hervorgehoben oder Syrer gegenüber Menschen aus Afghanistan bevorzugt. Die Afghanen verhielten sich gegenüber Frauen sehr unterdrückerisch. Am wichtigsten ist in diesem Kontext aber die Unterscheidung von „Familien“ und „alleinstehenden Männern“. Ein Mann spricht davon, dass ja nur lauter Männer dort hinkommen sollen, die auch bald wieder abgeschoben werden, und dass es deshalb automatisch zu Konflikten kommen werde. Ein Frührentner wiederum erwartet Veränderungen im Stadtteil nur dann, wenn Männer in die Unterkunft einziehen. Wenn Familien einziehen, glaubt er, dass sich nichts ändern wird, solange sie sich in „die Ordnung“ einfügen. Eine Frau betont, dass, wenn wirklich Familien aus Kriegsgebieten kommen, sei das ja auch in Ordnung. Aber wenn andere kommen, die nur ihren Ausweis wegwerfen und hier „das große Geld haben wollen“, sei das nicht in Ordnung. Zu den „bösen“ Flüchtlingen gehören also auch die „Wirtschaftsflüchtlinge“, deren Leben nicht von Verfolgung, sondern „nur“ durch Hunger bedroht ist.

Zu dem Zeitpunkt, als wir die Interviews durchgeführt haben, lag uns die Information vor, dass in der Unterkunft ausschließlich Familien untergebracht werden würden. Ein Vertreter der Lokalpolitik stellt das als Zugeständnis an die Bürgerinitiative dar, um die Situation zu befrieden, ein anderer behauptet, das sei von vornherein so geplant gewesen. Dass sich das Gerücht, es würden nur Männer einziehen, bei der Bevölkerung so hartnäckig hält, lässt auf die Nachhaltigkeit der Propaganda der Bürgerinitiative schließen. Nicht zuletzt das Szenario der bedrohlichen (traumatisierten) Männer war nützlich, um große Teile der Bevölkerung gegen den Standort zu mobilisieren. Selbst in einem Interview, in dem eine vergleichsweise differenzierte Position bezogen wurde, war die Thematisierung von möglicherweise „traumatisierten Männern“ nicht mit einem Einklagen von Hilfe, sondern mit Angst vor ihnen verbunden, weil sie aufgrund ihres Traumas unberechenbar seien.

Politische Bildung versus Propaganda

Ausnahmslos alle Interviewten, Wohl- und Übelgesonnene, beklagen sich über die schlechte Informationspolitik durch die Kommune und fehlende Möglichkeiten, an Entscheidungen politisch partizipieren zu können. Das „Wissen“ stellt die Bürgerinitiative bereit. Man kann das als Krise der politischen Bildung bezeichnen.

In den Interviews wird zudem zwischen „wir“, der Bevölkerung versus „denen“, den politischen Vertretern, unterschieden. In allen Positionen, auch den ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe Tätigen wird die Politik der Stadt bemängelt. Man wurde vor vollendete Tatsachen gestellt, werde nicht ernstgenommen, hätte an der Entscheidung nicht partizipieren dürfen. Dabei geht es um Planungssicherheit – etwa für Schul- und Kindergartenleitungen –, um Gelegenheiten, rechtzeitig eine Infrastruktur für Hilfe aufzubauen und bei der Ausgestaltung der „Unterbringung“ die eigenen Erfahrungen aus der Perspektive des Ehrenamts berücksichtigt wissen zu wollen.

Besonders die Gegnerinnen macht das „stinksauer“. Sie beschreiben sich als wütend darüber, dass sie von der Stadt ignoriert worden seien. In einer Variante wird dieser Frust auf die Flüchtlinge projiziert. Eine Frau sagt: „So wie es gelaufen ist, wie die Bürger nicht einbezogen worden sind, das macht es den Flüchtlingen schwer, weil die Leute alle so sauer sind, dass sie den Flüchtlingen von vorweg gar keine Chance geben.“ Aus dem Kontext wird ersichtlich, dass sie von sich spricht und nicht Haltungen von anderen kritisiert. Von den Politikern wird auch gesagt, dass sie alle „nur in ihr eigenes Säckel“ wirtschaften, was mit den Bürgern sei, sei ihnen „scheißegal“.

Die Formel von den „kleinen Leuten“ gegen „die da oben“ taucht auch auf, wenn alternative Standorte für die Unterkunft phantasiert werden. Kein Politiker wolle in der Nähe eines Flüchtlingsheims wohnen, aber der ganze Stadtteil solle „eingekesselt“ werden mit Flüchtlingsheimen. Oder: „Alle hohen Tiere, die in einem Terrain wohnen, wollen keine Asylanten in ihrer Nähe, sagen aber immer, wir müssen sie aufnehmen.“ An dieser Stelle zur Erinnerung: Das Viertel, in dem wir die zitierten Stimmen erhoben haben, ist kein „Ghetto ohne Mauern“ (Hess und Mechler 1973), sondern wird von der „guten Gesellschaft“ bewohnt. Das Projekt weist somit auch auf eine Krise der repräsentativen Politik hin.

Krise der repräsentativen Politik oder: Identitätspolitik ist Populismus

Steinert (1999) hat theoretische Dimensionen benannt, die bei der Analyse von Populismus zu beachten sind. Ich will sie an dieser Stelle nur kurz referieren, ansonsten auf den genannten Aufsatz verweisen:

Populistische Politik organisiert sich nach dem Prinzip von Volks- statt nach Interessenparteien; Populismus stellt – im Gegensatz zu Interessenpolitik – Identifikation mit einem Großen & Ganzen her, ist Identitätspolitik; das politische Subjekt wird als passives konzipiert, das nur als Inhaber einer Wahlstimme interessant ist, sich aber als Zugehöriger einer großen und mächtigen Gruppe selbstbewusst fühlen soll („wir Deutsche“, „die rechtschaffenen kleinen Leute“ usw.) und Populismus produziert soziale Ausschließung oben und unten („die Ausländer“ und die „Freunde der Ausländer in der Regierung“). Populismus stellt eine spezifische Politikform dar, über Inhalte kann sie nicht begrifflich gefasst werden. Eine Unterscheidung in Links- und Rechts-Populismus macht, folgt man Steinert, keinen Sinn, auch wenn das die gegenwärtigen Debatten prägt,¹² vielmehr geht es um Populismus versus Interessenpolitik.

Steinert ordnet Populismus Berufspolitikern zu, „das Volk“ ist nicht populistisch. Wenn man das Konzept aus der Berufspolitik in andere Bereiche überträgt, ist es sinnvoll von „strukturellem Populismus“ zu reden. Im Bereich von Kulturindustrie zeigt sich das etwa in der Logik von „Einschaltquoten“.¹³ Bezogen auf den Aufsatz hier betrifft „struktureller Populismus“ die Bürgerinitiative, die sich als die „bessere“ politische Kraft darstellt, die vorgibt, ihr Ohr an Volkes Maul zu haben. Die hier dokumentierten Stimmen „aus der Mitte“ lassen sich als Aneignung von populistischen Angeboten verstehen. Populismus ist das nicht, sondern die Verständigung darüber, wem eigentlich der Stadtteil gehört. Das mag sich gut mit Vorurteilen verbinden, die sich tradieren – nicht zuletzt, weil sie politisch immer wieder aktualisiert werden oder auch, weil sie in generationsübergreifenden Erzählungen weitergegeben werden.¹⁴

12 Die zeitgenössischen Debatten zu Populismus aufzuarbeiten, wäre ein interessantes Unternehmen. Dass ich hier keine Analysen zu faschistischer oder nationalsozialistischer Propaganda erwähne, hat einen guten Grund: Dass wir es gegenwärtig mit einer einfachen „Wiederkehr von Faschismus“ zu haben, halte ich für falsch.

13 Cremer-Schäfer und Steinert (1998/2014²) haben Kriminologie als populistische kritisiert.

14 Milošević konnte 1989 im Jugoslawienkrieg die Schlacht von Amsfeld (1389) für serbisches Nationalbewusstsein in Anschlag bringen – stattgefunden vor nur 600

Interessenpolitik (vgl. Horkheimer 1936), bedarf einer Interessenklärung. Realiter dominiert populistische Propaganda über politische Bildung. Darin drückt sich eine Krise der repräsentativen Demokratie aus. Es gibt Politik auf der Vorderbühne, mit der Parteien um unsere Stimme werben, und Realpolitik auf der Hinterbühne, die sich dem Einfluss der Bevölkerung weitgehend entzieht. Kompromisse an die Basis zu kommunizieren, ist Teil von Interessenpolitik. Wenn die gewählten Volksvertreter stattdessen Probleme „aussitzen“ oder Entscheidungen autoritär fällen und nicht mehr an die Bevölkerung rückbinden, dann will sich „das Volk“ nicht mehr so regieren lassen. Repräsentative Politik sieht genau das vor: sich vertreten lassen, solange sich jemand für meine positionsbezogenen politischen Interessen einsetzt, sich selbst einmischen, wenn das nicht mehr geschieht. Dass Kritik an der Regierungspolitik seit Jahrzehnten vorwiegend „von rechts“ artikuliert wird, könnten inzwischen freilich auch alle wissen. Das soll „linke“ Manifeste und (lokale) Proteste der Mitte (etwa Stuttgart 21) nicht in Abrede stellen – aber doch betonen, dass mit „linken“ politischen Projekten schon seit geraumer Zeit „kein Staat zu machen ist“.

Populismus ist auch ein Versagen der kommunalen Politik, die einer Bürgerinitiative die „Informationshoheit“ überlässt, statt aufklärerisch über Interessen und Konflikte zu diskutieren. Die identitätspolitischen Konstruktionen „oben“ treffen auf fremdenfeindliche Klischees „in der Mitte“. Zugehörigkeiten zu vermeintlichen Identitäten werden als Konflikte um Ressourcen und um Partizipation verhandelt. In der freundlichen Lesart ringen alle um Teilhabe – nur die am meisten Betroffenen werden nicht gefragt. „Sie“ haben eine Identität, die „wir“ nicht wollen: „us and them“. Die kulturellen, sozialen und ökonomischen Zuschreibungen, die Flüchtlinge adressieren, lassen sich trefflich als Wohlstands-Chauvinismus charakterisieren.

Literatur

Adorno, Theodor W. 1968: Einleitung in die Soziologie. Frankfurt

AG links-netz 2013 (Hrsg.): Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur. Hamburg

Jahren!; vor den russischen Besatzern nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich Frauen geführt. Darüber, was die Wehrmachtsoldaten (von SA und SS gar nicht zu reden) im Russlandfeldzug aufgeführt haben, wird nicht so gerne geredet. Seidenstrümpfe, Zigaretten etc. haben die Amis mitgebracht. Wenn schon Besatzung, dann bitte durch reiche Nationen!

- Bareis, Ellen; Wagner, Thomas 2016: Flucht als soziale Praxis – Situationen der Flucht und Soziale Arbeit. In: Widersprüche 141: S. 29-46
- Bauman, Zygmunt 1990 (dt.: 2000): Vom Nutzen der Soziologie. Frankfurt
- Cremer-Schäfer, Helga; Steinert, Heinz 1998/2014²: Straflust und Repression. Zur Kritik der populistischen Kriminologie. Münster
- Hauer, Dirk 2016: „Flüchtlingskrise“ und autoritäre Integration. Zu einigen Aspekten der Reorganisation staatlicher Kontrollpolitiken. In: Widersprüche 141: S. 49-60
- Hess, Henner; Mechler, Achim 1973: Ghetto ohne Mauern. Ein Bericht aus der Unterschicht. Frankfurt
- Horkheimer, Max: 1936: Egoismus und Freiheitsbewegung. Zur Anthropologie des bürgerlichen Zeitalters. In: Gesammelte Schriften, Band 4: Schriften 1936-1941. Fischer: 9-88
- Sartre, Jean-Paul: 1954: Die Kommunisten und der Frieden. In: Krieg im Frieden 1. Artikel, Aufrufe, Pamphlete. Reinbek: 75-301
- Stehr, Johannes 1998: Sagenhafter Alltag. Über die private Aneignung herrschender Moral. Frankfurt/New York
- Steinert, Heinz 1999: Kulturindustrielle Politik mit dem Großen & Ganzen: Populismus, Politik-Darsteller, ihr Publikum und seine Mobilisierung. In: Internationale Gesellschaft und Politik 4: S. 402-413
- 2007: Sozialstaat und soziale Ausschließung. In: Mackert, J.; Müller, H.-P. (Hg.): Moderne (Staats)Bürgerschaft. Nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies. Wiesbaden: 147-165

*Christine Resch, Hochschule Ludwigshafen am Rhein, FB IV Sozial- und Gesundheitswesen, Maxstraße 29, 67059 Ludwigshafen
E-Mail: christine.resch@hs-lu.de*